

⇒ Harry W. Jablonowski

Soziale Marktwirtschaft – ein Zukunftsmodell? Korreferat zu Stefan Leibold

Das Korreferat geht in drei Schritten vor: Im ersten Teil wird der Text von Stefan Leibold (2010) kritisch kommentiert. Dabei werden besonders relevant erscheinende Punkte seines Beitrages herausgearbeitet. Der zweite Teil befasst sich mit dem Terminus »soziale Marktwirtschaft« und erhebt Einspruch gegen die vorschnelle Drangabe des Begriffes. Der letzte Teil führt die Sozialstaatsdiskussion weiter, insbesondere mit Bezugnahme auf Stephan Lessenich.

⇒ 1 Kommentierende Rezeption von Stefan Leibold »Soziale Marktwirtschaft«

Leibold präsentiert ein aufschlussreiches Papier zu diesem doch recht amorphen Begriff, in dem er im Wesentlichen drei Zugänge wählt:

1. Er nimmt Bezug auf die aktuelle Verwendung dieses uneindeutigen Begriffs in der Debatte um die Neuformierung unseres Wirtschafts- und Sozialsystems. Es geht um die neue Konjunktur dieses Begriffs.
2. Er blickt zurück auf theoretische Quellen dieser Konzeptidee im Ordoliberalismus und die im Zeitverlauf erfolgten Modifikationen, und
3. er stellt die Genese der Konzeptvorstellungen in Bezug zur gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit im Zuge der Rekonstruktion des realen Wirtschaftssystems in Westdeutschland vor.

Auf diesem Wege gelingt es dem Referenten, den Charakter des

Begriffs als den eines wandelbaren Ideenkonzepts zu vermitteln und die teilweise widerstrebende Haltung einiger seiner Protagonisten dem Sozialstaat gegenüber zu erhellen. Dabei wird anschaulich, dass die reale Gestalt der sozialen Marktwirtschaft (SM) nur teilweise auf den klassischen Ordoliberalismus zurückgeführt werden kann. Das hat nach Leibold mit den tatsächlichen wirtschaftlichen Voraussetzungen und Veränderungen im

Harry W. Jablonowski, 1948 in Burg auf Fehmarn, Dr. rer., pol., Studium der Sozialwissenschaften, Schwerpunkt Ökonomie, Sozialpsychologie und Pädagogik in Bochum, Kassel und Dortmund, Referent am Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD seit 1984 in Bochum (bis 2004) und Hannover.

Zeitverlauf nach dem Zweiten Weltkrieg zu tun. Der Referent erklärt die Genese der realen SM also vor dem Hintergrund sich faktisch verändernder Rahmenbedingungen. Dazu nun mehr im Detail.

⇒ 1.1 Zum aktuellen Kampf um die Deutungshoheit eines Begriffes

Leibold ist zuzustimmen, wenn er auf das heute sehr divergente Verständnis der Formel von der sozialen Marktwirtschaft hinweist. Die angeführten Beispiele von Angela Merkel, Guido Westerwelle, Oskar Lafontaine u.a. belegen deutlich, dass es sich dabei um ein »ausgesprochen unscharfes Konzept« (Leibold 2010, 2) und um alles andere, denn ein einheitliches Konzept handelt. Gerne unterstreiche ich: Dieser Befund lässt sich feststellen, trotz aller Bemühungen und trotz des großen materiellen Aufwands, der von den Arbeitgeberverbänden beauftragten »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)«. Möchte diese doch, mit aufwändigen Public-Relations-Kampagnen, den Debatten über die zukünftige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ihren Stempel, das heißt ihr neo-neoliberales Verständnis einer sozialen Marktwirtschaft, aufdrücken. Längst pfeifen es die Spatzen von den Dächern, dass dieses langfristig angelegte, strategische Programm ganz explizit die politische Beeinflussung der öffentlichen Meinung zum Ziele hat.

Ich will nicht so weit gehen zu behaupten, dass das hohe Wahlergebnis für die FDP bereits eine Frucht der INSM und Beleg ihrer Wirksamkeit ist – oder vielleicht doch? Aufregend bleibt die hohe Zustimmung für diese Partei allemal. Denn man konnte vor der Bundestagswahl eigentlich wissen, dass ihre führenden Vertreter die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit sehr eng verstehen. Wie wir im Papier von Leibold lesen, reduzieren liberale Repräsentanten die Gerechtigkeitsfrage auf die Formel, dass jedermann die Chance für ein erfolgreiches Leben habe, wenn nur die drei zentralen Prinzipien – nämlich Freiheit, Wettbewerb und Fairness – im politischen Gestaltungsprozess Beachtung fänden. Man kann nur feststellen: Eine solche Aussage zeigt schon eine hohe Kunst des Ausblendens sozialer Realitäten, ein hohes Ausmaß an Marktfixiertheit. Möglicherweise wird eine solche Kunstfertigkeit unterdessen von einer wachsenden, gut situierten und/oder verängstigten sozialen Gruppe sehr wertgeschätzt. Diese dürfte wohl nicht nur von christdemokratischen Überläufern aufgefüllt werden, von jenen, den die CDU zu sozialdemokratisch geworden ist.

An das Referat gerichtet meine ich: Wünschenswert wäre es, mehr darüber erfahren zu haben, was denn in der SPD und den Gewerkschaften über ein Konzept der SM kritisch und/oder konstruktiv gedacht wird. Eine differenzierte Rezeption der Positionen aus diesen Lagern wäre sicherlich im Diskurs über unsere eigenen

Vorstellungen zu einem innovativen Ordnungskonzept interessant. Diese kleine Anmerkung möchte ich jedoch nicht zu einer Kritik aufbauschen. Und zur Haltung der Gewerkschaften will ich nachher noch ein paar Ausführungen machen.

⇒ 1.2 Zur Genese des Konzeptes der sozialen Marktwirtschaft

Trefflich, wie der Referent mit dem Mythos einer angeblich bruchlosen Theoriekonstruktion aus der Werkstatt des Ordoliberalismus, hin zum Theorem der sozialen Marktwirtschaft, aufräumt. Sein Erstaunen kann man nur teilen, wenn man zur Kenntnis nimmt, wie wenig die theoretischen Grundlagen einer sozialen Marktwirtschaft im weiteren Sinne im Ordoliberalismus »verortet« werden können. Auch ist sein Hinweis zu beachten, dass schon damals der Begriff »Neoliberalismus« analog zum Ordoliberalismus verwendet wurde, jedoch keineswegs mit dem heutigen Begriffsverständnis gleichbedeutend ist. Mit Verweis auf Friedrich August von Hayek wird die inhaltliche Veränderung mit der Wandlungsfähigkeit des Neoliberalismus, im Zuge der Evolution von Gesellschaft und Wirtschaft, erklärt.

Inhaltlich kritisch versteht Leibold die konzeptionelle Weiterentwicklung des Begriffes »Neoliberalismus« dagegen als eine Konkretisierung der »Ideologie der Befreiung des Kapitalismus« (in Anlehnung Schui/Blankenberg 2002) und als Rechtfertigung des Kapitalismus« vor dem Hintergrund sich wandelnder historischer Umstände, das heißt der spezifischen deutschen Bedingungen seit dem Wiederaufbau nach dem Weltkrieg bis in die Gegenwart.

Und es ist auch richtig, im Ideengebäude des Ordoliberalismus die Rolle eines starken Staates hervorzuheben und dabei zugleich zu betonen, dass dieser vor allem als ein Instrument zur Durchsetzung einer liberalen Wirtschaftspolitik verstanden wurde.

Leibolds wirtschaftshistorische Ausführungen regen zu Vergleichen mit der heutigen Situation an – zum Beispiel, wenn er darlegt, dass Repräsentanten der Ordoliberalen die Krisen der 30er Jahre nicht an den strukturellen Problemen des Kapitalismus festmachen, sondern am Staats- und Politikversagen.¹ Der Staat sollte damals allerdings nur auf wenige Aufgaben festgelegt, die Wirtschaft aber auf jeden Fall »entstaatlicht« werden. Es herrschte ein Verständnis vom Staate vor,

(1) Jedenfalls ist immer wieder zu beobachten, dass die These vom »Staatsversagen«, im Hinblick auf die zunehmend verdrängte zeitgenössische Finanzmarktkrise an die Oberfläche des Diskurses gelangt. Sie wird kurioserweise vor allem von liberaler Seite eingebracht.

wonach dieser seine Autorität über alle Gruppen und Sonderinteressen stellen sollte. Das meint: Letztlich und vor allem wurde von ihm verlangt, die Spielregeln des Wettbewerbs in die Gesellschaft zu implementieren, das heißt das Wettbewerbsprinzip dort zu verankern und über die Prinzipien der Wettbewerbsordnung mithilfe starker Interventionsrechte zu wachen. Die dem Staat zugesprochenen vornehmlichen Aktivitäten hatten also in Richtung der Marktgesetze zu gehen, wobei Monopole, Kartelle und andere Formen der Marktbeherrschung zu verhindern waren.

Zutreffend ist es auch, wenn Leibold deutlich macht, dass sich die Ordoliberalen in der Nachkriegszeit als Gegner des Bismarck'schen Sozialstaates aufgestellt haben. Davon können insbesondere die Gewerkschaften ein Lied singen. Auch für heutige Diskussionen kann man nur schlussfolgern, dass sozialpolitische Illusionen über den Ordoliberalismus gar nicht erst aufkommen sollten, besonders in Anbetracht der schon über Jahre laufenden Kampagnen der INSM. Ihre Vertreter setzten und setzen auf individuelle Eigenvorsorge und marktkonforme Sozialpolitik und kämpfen vehement gegen jegliche Ansätze von Umverteilung in der Regie des Staates. Bestenfalls war damals also eine reine Existenzsicherung mittelloser Menschen denkbar. Sind nicht heute ähnliche Tendenzen klar zu beobachten?

Ordoliberale Ideen waren und sind vom Grundsatz her andere Vorstellungen, als sie mit dem Typus einer sozialen Marktwirtschaft assoziiert werden. Ausgegangen wird bei solchen Konzeptansätzen eher von einem sozial gebändigten Kapitalismus, in dem die wirtschaftliche Leistungskraft mit einem sozialen Ausgleich zu verknüpfen wäre. Dies führt Leibold insbesondere mit Rekurs auf Müller-Armack und seine »soziale Irenik« aus. Dieser ging allerdings von Ideen einer harmonischen Marktgesellschaft aus, in der die Versöhnung der Klassen und ein Ausgleich zwischen diesen gelingen sollte. Leibolds These ist jedenfalls diskutabel (benötigt aber eine Vertiefung!), wenn er mit Blick auf die zentralen wirtschaftspolitischen Maßnahmen seit 1947 feststellt:

Mit ordoliberalen Vorstellungen hatte das nicht immer viel zu tun; vielmehr changierte ... [einer der verantwortlichen Akteure, nämlich Müller-Armack; der Autor] erfolgreich zwischen ordoliberalen Grundsätzen und sozialstaatlicher Politik (Leibold 2010, 16).

Dennoch darf nicht vergessen werden, dass nach dem damaligen Verständnis ordoliberaler Repräsentanten der eigentliche Kern der sozialen Marktwirtschaft in der »Verteidigung der Marktwirtschaft als leitendes Ordnungsprinzip« gesehen wurde.

So erscheint das »Modell Deutschland« als eine »spezifisch deutsche Mischung aus staatlichem Wächteramt über die Ökonomie und der ›Verhandlungsdemokratie‹« (Leibold 2010, 17). Es ist auch angebracht, in diesem Kontext auf die Bundesbank und das Kartellamt und so genannte »freundschaftliche Einigungen« außerhalb des Parlamentarismus zu verweisen.

Doch nachdrücklich kritisch möchte ich feststellen – und der Beitrag von Traugott Jähnichen bestärkt mich darin –, dass in den Theorieansätzen und anthropologischen Implikationen der protestantischen Repräsentanten und Theoretiker einer sozialen Marktwirtschaft ordnungspolitisch doch wesentlich mehr drin steckt als nur das Votum für einen (wirtschafts-)liberalen Freiheitsbegriff und eine staatlich zu kontrollierende Wettbewerbsordnung. Sehr wohl werden Korrekturen der Einkommensverteilung, eine Konjunktur- und Strukturpolitik, beispielsweise auch öffentliche Bildungsinvestitionen und vieles andere mehr im Zuge der Konsolidierung der Bundesrepublik Deutschland mitgedacht (Jähnichen 2010, 18-19). Dies sind zudem Aktivitäten, die den Begriff staatlicher »Intervention« im engen Sinne übersteigen. Solcherlei korporativ gestalteten »Eingriffe« sind mitentscheidend für die Fortentwicklung der Gesamtwirtschaft und den (sektoralen und regionalen) Strukturwandel und sind vom Inhalt her mehr als nur (wirtschafts-)politische Rahmensetzungen.

Dem Resümee mit Bezug auf den klassischen Ordoliberalismus ist allerdings beizupflichten, demzufolge eine Reihe offizieller »ordoliberaler Hauptziele« (Leibold 2010, 17) beim Aufbau der Wirtschaft in Westdeutschland verfehlt wurden, wie beispielsweise

- a) die Herstellung eines vollkommenen Wettbewerbs,
- b) die Steigerung der Zahl der Selbständigen (dagegen hohe Konzentration der Wirtschaft bei rapide steigenden Beschäftigtenzahlen),
- c) die Verhinderung des Ausbaus des Sozialstaates.

Ich fasse diesen Punkt zusammen: Der Referent belegt und argumentiert plausibel, dass die »Theoreme des Ordoliberalismus der jeweiligen Wirklichkeit oft flexibel angepasst« (Leibold 2010, 19) wurden. Dies geschieht vor allem unter dem Druck der politischen Notwendigkeit, den Kapitalismus in der Bevölkerung wieder »salonfähig« zu machen. Ebenso konnten die »reinen« Ordoliberalen die Wiedereinführung und Ausweitung des Sozialstaates nicht verhindern.

So bleibt es nicht aus, dass das Verständnis von »sozialer Marktwirtschaft« recht heterogen geblieben ist und bei Fragen danach stark abweichende Antworten zu erwarten sind, je nachdem, welches Element man betonen will, wie Leibold feststellt.

⇒ 1.3 Politische und wirtschaftliche Voraussetzungen vs. Theoriekonstrukt

Die Ausführungen über »Anspruch und Wirklichkeit der ›sozialen Marktwirtschaft‹ in Deutschland seit 1945« (Kap. 2.2) lese ich als ein Kapitel mit der inhärenten Kernthese, dass sich die Macht des (ökonomisch) Faktischen allen Theoriekonstruktionen zum Trotz durchgesetzt hat. Dabei verstehe ich unter dem »Faktischen« sowohl die damaligen (welt-)politischen Zwänge als auch die Notwendigkeiten der praktischen Politik vor dem Hintergrund der damals vorhandenen politischen Kräfteverhältnisse.

Dies führt Leibold zu Recht zu der These, wonach das ökonomische Jahr 1945 keine »Stunde Null«, kein wirtschaftlicher Neubeginn quasi aus der Retorte gewesen sei. Dagegen hat die Kontinuitätsthese mehr für sich, wie die gelungene wirtschaftshistorische Skizze des Referenten mit Rückgriff auf Abelshauer belegt. Die These wird zugespitzt in folgender Aussage: In dem Augenblick, wo der Parlamentarische Rat zur Erarbeitung einer Verfassung zusammentrat (1. September 1948), »war über die wirtschaftliche Ordnung in der Praxis längst ohne demokratische Legitimation entschieden worden« (Leibold 2010, 10). Und schon in den 50er Jahren habe sich, so unser Referent, der Entwicklungspfad einer »korporativen Marktwirtschaft« (Abelshauer) in der deutschen Wirtschaft herausgebildet. Als Spezifikum des deutschen Modells habe sich eine »Organisation der korporativen Marktwirtschaft« herausgebildet, die zu begreifen sei als eine »dichte Landschaft von Institutionen und Organisationen«, die wirtschaftspolitisch zusammenwirken (vgl. Leibold 201, 11). Ich möchte ergänzen: Selbst auf Branchenebene wurden sogar korporative Institutionen und Organisationen zum Zwecke der Steuerung des Strukturwandels in relevanten Wirtschaftszweigen (Rationalisierungsgruppen etc., z.B. bei Kohle und Stahl) und Regionen eingerichtet.

Dennoch bleibt die These von Leibold meiner Ansicht nach sehr hinterfragbar, wonach das »Wirtschaftswunder« mit der sozialen Marktwirtschaft »wenig zu tun« habe, wie er behauptet. Er sieht den eigentlichen Nutzen nur in der »Bedienung der Interessen der besitzenden Schichten« und der »Grundlegung größerer sozialer Ungleichheiten in der Bundesrepublik« (Leibold 2010, 15). Diese Aussage scheint mir – zurückhaltend ausgedrückt – doch recht unterkomplex zu sein!

⇒ 2 Zur Diskussion über den Begriff »soziale Marktwirtschaft«

Noch nicht sicher bin ich mir über die weitere Verwendung des Begriffes »soziale Marktwirtschaft« – im Gegensatz zur eindeutigen Positionierung von Stefan Leibold. Dieser sieht keinen Sinn darin, sich auf ein Konzept zu berufen, dessen Hauptfunktion – wie er sagt – »in der Legitimierung des Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg bestand und dessen Substanz je nach Interesse völlig unterschiedlich interpretiert wird« (Leibold 2010, 21). Eingestanden: Diese Position hat durchaus etwas für sich! Doch allein schon diese Zuspitzung sollte m.E. hinterfragt werden. Zwar: Wer wollte bezweifeln, dass die real existierende Marktwirtschaft eine »Spielart des Kapitalismus« (ebd., 21) darstellt. Ob deshalb von dem Modell des »sozialen Kapitalismus« – mit all den von Altvater adaptierten Begründungen – gesprochen werden sollte, wie Leibold (2010, 22) vorschlägt, ist nicht zuletzt auch eine Frage der öffentlichen Kommunikationsfähigkeit dieses Begriffes. Doch vor allem meine ich, dass die Wandelbarkeit der Formel »soziale Marktwirtschaft« noch nicht am Ende ist und der Kampf um seine inhaltliche Sinnggebung und Ausgestaltung weiterhin politische Aufgabe bleibt. Und zwar ganz im Sinne des von Leibold zitierten Nell-Breuning und dessen Perspektive, »den Kapitalismus umzubiegen« (ebd., 22).

Und wenn er seine Abkehr vom Begriff »soziale Marktwirtschaft« auf eine möglicherweise dauerhafte Krisenentwicklung hin und, in Anbetracht der Angriffe auf den Sozialstaat sowie der Schwäche oppositioneller Kräfte formuliert, so scheint mir das nicht hinreichend begründet, mithin nicht überzeugend zu sein.

Vielmehr meine ich: Es gibt durchaus andere Gründe für die Verwendung des Begriffes und der Ausgestaltung eines Konzeptes der sozialen Marktwirtschaft als »nostalgische Träume« oder ein bewusstes Spiel der »Intransparenz« zu betreiben – oder »platte« Definitionen à la Lafontaine zu bemühen, wie Leibold dies polemisch überzogen darstellt. Und dies sind sehr wohl Gründe mit dem Ziel, für eine »solidarische und demokratische Welt« zu kämpfen. Dabei müssen wir nicht auf den Begriff »Kapitalismus« zur Analyse und Bezeichnung der ökonomischen Verhältnisse verzichten.

Wir sollten das Geschäft der Deutungshoheit über das »Soziale« in unserer real existierenden Marktwirtschaft nicht den hoch bezahlten Unternehmer-Agenturen überlassen. Dies insbesondere angesichts des Faktums, dass die Formel von der sozialen Marktwirtschaft und die dabei assoziierten Ansprüche im öffentlichen Diskurs durchaus positiv wahrgenommen werden. Wie dies aussehen könnte, führt beispielsweise ein Beitrag aus der Evangelischen Kirche von Westfalen, herausgegeben von dem Landeskirchenamt, mit dem Titel »Die soziale Marktwirtschaft ethisch weiterdenken« (2009) aus.

Dieser im Titel programmatisch ausgesprochene Selbstanspruch wird von den Autoren anhand zentraler ethischer Kategorien – ausgehend von der Kategorie »Freiheit« über »Gemeinwohl« bis »Nachhaltigkeit« – einzulösen versucht.

Doch letztlich meine ich: Viel wichtiger als über einen Begriff zu streiten, ist es natürlich, darüber nachzudenken, wie zukünftig unser Sozialstaat aussehen sollte, und an der Gestaltung einer solidarischen Gesellschaft mitzuwirken.

⇒ 3 Weiterführende Überlegungen

Gewerkschaften machen sich keine Illusionen über die soziale Wirklichkeit in der heutigen Wirtschaft. Doch sie zweifeln nicht grundsätzlich die Vorteile einer sozialen Marktwirtschaft an; wenn sie dies denn ist. Doch öffentliche Bekenntnisse und der Wunsch nach einer Renaissance der Erhard'schen »sozialen Marktwirtschaft«, anlässlich des 60. Jahrestages 2008 betrachten sie als »hohl, wenn nicht gar verlogen« (Sommer 2008). Ich zitiere weiter:

Denn das Experiment, Marktwirtschaft mit sozialem Ausgleich menschenwürdig zu gestalten, droht zu scheitern: an unregulierten Finanzmärkten, an wirtschaftsliberalen Politikern in Berlin und Brüssel, an Managern sowie am Europäischen Gerichtshof, die allesamt die Freiheit des Marktes vor Arbeitnehmerrechte und Würde der Menschen setzen,

wie Michael Sommer (DGB) dies in einem Essay begründet. Auch sollte nicht die Gefahr verkannt werden, dass das »Soziale« in der sozialen Marktwirtschaft der Gegenwart zu einem »überflüssigen Anhängsel« zu verkommen droht.

Sommer verweist darauf, dass Gewerkschaften nie das ordoliberalen Credo Ludwigs Erhards und seiner Denker geteilt haben. Sie hätten vielmehr dafür gesorgt, dass aus der Idee der sozialen Marktwirtschaft »kein ordoliberales Wunschkonzert, sondern ein politischer Kompromiss« (Sommer 2008) wurde. Allerdings sieht er, dass dieser Kompromiss eines sozial regulierten Kapitalismus in den 1990er Jahren von Teilen der Wirtschaft und der Politik einseitig aufgekündigt worden ist. Deshalb mag er, mit Bezug auf die soziale Marktwirtschaft Erhard'scher Prägung, nicht mehr nur von einer Krise sprechen. Vielmehr fragt er, »ob die sterbenskranke Patientin überhaupt noch gerettet werden kann und soll« (Sommer 2008). Denn Gewerkschaften wollen nicht einfach nur die »Ergebnisse sozial blinder Märkte« akzeptieren. Vielmehr betonen sie, dass Wirtschaft kein Selbstzweck sein soll, sondern sie solle menschenwürdiges Leben für alle ermöglichen. Zweifelsohne verbieten sich nostalgische

Träume angesichts der sozialen Wirklichkeit der gegenwärtigen Marktwirtschaft.

Der DGB zumindest kommt zu der Schlussfolgerung, dass wir auf dem Weg zu einem ungezügelter Kapitalismus weit vorangeschritten seien. Dies gemessen an dem Maßstab einer sozial dienlichen Wirtschaft, die auch sozialpolitische Ziele einzulösen habe. Mit den Worten von Michael Sommer heißt das:

Eine wirklich soziale Marktwirtschaft sichert die zentralen Lebensrisiken so ab, dass die Betroffenen eben nicht zum Sozialfall werden (Sommer 2008).

Dieses Ziel sehen die Gewerkschaften in der Gegenwart immer weniger erreicht.

Wer wollte eine »Krise des Sozialen« leugnen? Wie wird die sozialpolitische Entwicklung weitergehen? Mit der Formel »Krise des Sozialen« etikettiert denn auch Stephan Lessenich die gegenwärtige Situation. Dies ist gemeint

im Sinne der endgültigen Abwendung von seiner im 19. Jahrhundert eingeleiteten, im Verlauf des 20. Jahrhunderts etablierten gesellschaftlichen Verortung und institutionellen Gestaltung (Lessenich 2009, 29).

Wenn wir dieser Argumentation folgen wollen, haben wir es demnach mit einer »Strukturkrise« zu tun, die von der »finanzmarktgetriebenen Akutkrise« nun noch beschleunigt wird. Diese Entwicklung werde den Weg in eine neue Gesellschaftsformation bahnen, so Lessenich.

Er nennt diesen neuen Gesellschaftstypus »eine Aktivgesellschaft, welche die Sorge um das Soziale an die Subjekte verweist und in diese hinein verlagert«. Dieser Wandlungsprozess hat weit reichende Konsequenzen, in dessen Kontext »das Soziale wie auch die Subjekte grundlegend verändert« (ebd.) werden. Damit ist nicht gemeint, dass der »moderne Staat« auf die »Beförderung des Sozialen« verzichten könne. Um diesen Strukturwandel differenziert zu erklären, erlaube ich mir eine etwas längere Zitation von Lessenich:

Sozial-Politik, die staatliche Politik mit dem Sozialen, muss prinzipiell immer weiter getrieben werden – der moderne, demokratisch-kapitalistische Sozialstaat kann gar nicht anders. Die eigentliche, politisch-soziologisch problemaufschließende Frage ist eine andere: Wie, in welcher Weise, sucht der moderne Staat als Sozialstaat das Soziale zu befördern? Die Formen und Mechanismen seiner Sozial-Politik wandeln sich nämlich historisch – in welche Richtung weisen sie heute? Wir erleben gegenwärtig ... eine grundlegende Umorientierung der staatlichen Politik mit dem Sozialen – eine fundamentale Sozial-Reform, die im Kern darin besteht, die ehemals

öffentliche Verantwortung für das Soziale zu privatisieren, oder genauer: jedem und jeder Einzelnen selbst zuzuweisen, die Sorge um das Soziale jedem einzelnen Selbst in dessen subjektive Handlungsorientierungen und alltäglichen Lebensführungsmuster einzuschreiben (ebd., 30).

Lessenich bezeichnet diese sozialpolitische Umorientierung als die »zeitgenössische Neuerfindung des Sozialen«. Dabei hebt er hervor, dass der Sozialstaat nach Auffassung seiner Umgestalter nicht länger »soziale Stellvertreterpolitik« für das Wohlergehen seiner Schutzbefohlenen betreiben wolle, weil er die primär marktbedingten Ungleichheiten und Unterversorgungslagen zu kompensieren gedenke (ebd., 31). Maßgeblich sei fortan eine staatliche Politik der »Aktivierung« gegenüber den Individuen. Im Rahmen der Beschäftigungspolitik werden die öffentlichen Sozialleistungsprogramme demnach umgestellt auf »nur mehr Mindestsicherungen gewährende Anreizsysteme individueller Arbeitsmarktpartizipation« (ebd.).

Doch damit nicht genug! Der »Sozialstaat der Aktivgesellschaft«, die Strategie des aktivierenden Sozialstaates, zielt tiefer in das Verhalten der Individuen hinein; er will Einfluss nehmen auf ihr konkretes Tun. Er versucht sogar, ganz unmittelbar Verhaltensänderungen zu bewirken und Bewusstseinslagen zu transformieren. Diese Einflussnahmen weisen des Weiteren über die öffentlich ohnehin vehement apostrophierte »Eigenverantwortung« hinaus. Die Subjekte der Aktivgesellschaft sollen nicht nur Verantwortung für sich selbst tragen, sondern darüber vermittelt und darüber hinausgehend »für das gesellschaftliche Ganze«. Das Credo der Aktivgesellschaft lautet somit: »Eigenverantwortung als und aus Sozialverantwortung« (32), so Lessenich. Diese normative Generalorientierung ist allumfassend.

Eigeninteresse und Gesamtinteresse, Selbstsorge und Gemeinwohl werden auf eine Weise kurzgeschlossen, welche die Subjekte in eine dienende Beziehung zu sich selbst und zur gesellschaftlichen Gemeinschaft setzt (ebd.).

Lessenich bezeichnet diesen Modus der sozialen Verpflichtung des Individuums als »neozozial«, was er durch den entscheidenden Nachsatz erklärt, wonach »das Soziale« nicht etwa abgebaut und liquidiert würde, »sondern vielmehr umgesteuert und transferiert. Der Ort des Sozialen wird verlagert in die Subjekte« (ebd.) hinein, das heißt in jeden Einzelnen.

Die Sozialpolitik in Zeiten der Hartz-Reformen ist zudem – der vorgezeichneten Argumentationslinie folgend – auch als »öffentliche Verhaltenstherapie« (32) zu verstehen. Diese beziehe sich nicht nur

auf den sozialpolitischen Umbruch infolge der Arbeitsmarktreformen. Auch die Kommission des aktuellen Sechsten Altenberichts spreche sogar von der Verpflichtung der Rentnerinnen und Rentner, vorhandene Ressourcen der Gesellschaft gegenüber verantwortungsvoll einzusetzen. Ebenfalls sei zu beobachten, dass die die Solidar-gemeinschaft schonenden Reformen im Gesundheitswesen ebenfalls eine deutliche »Tendenz zur Sozialresponsibilisierung des Einzelnen« (33) aufweisen.

⇒ Schlussbemerkung

Alles in allem läuft die Politik des Aktivstaates augenscheinlich auf eine zu optimierende Inanspruchnahme der Humanressourcen (Stichwort: Humankapitalismus) und der Steigerung der individuellen Sozialverantwortungspotentiale hinaus. Allerdings teile ich die Skepsis von Lessenich, ob eine solche Politik ohne soziale Konflikte auf breiter Front zum Durchbruch gelangt. Doch wo sind die Widerstandspotentiale? Was wären mögliche konzeptionelle Alternativen?

Literatur:

Jähnichen, Traugott (2010): Die protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft (Ethik und Gesellschaft 1/2010: »Wem gehört die ›Soziale Marktwirtschaft‹?« Herkunft und Zukunft einer bundesrepublikanischen Erfolgsformel). Download unter: http://www.ethik-und-gesellschaft.de/mm/EuG-1-2010_Jaehnichen.pdf (Zugriff am 30. Juni 2010).

Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche von Westfalen (Hg.) (2009): Materialien für den Dienst in der Evangelischen Kirche von Westfalen 1/2009, Studie »Ethische Dimensionen der Sozialen Marktwirtschaft«, Bielefeld 2009.

Leibold, Stefan (2010): Die Soziale Marktwirtschaft – ein Zukunftsmodell?, (Ethik und Gesellschaft 1/2010: »Wem gehört die ›Soziale Marktwirtschaft‹?« Herkunft und Zukunft einer bundesrepublikanischen Erfolgsformel). Download unter: http://www.ethik-und-gesellschaft.de/mm/EuG-1-2010_Jaehnichen.pdf (Zugriff am 1.05.2010).

Lessenich, Stephan (2009): Krise des Sozialen?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 52/ 2009, Bonn/Frankfurt, 28-34.

Schui, Herbert / Blankenberg, Stephanie (2002): Neoliberalismus. Theorie. Gegner, Praxis, Hamburg: VSA.

Sommer, Michael (2008): DGB Essay, Erstveröffentlichung in: Die Welt 6. August 2008.

Zitationsvorschlag:

Jablonowski, Harry W. (2010): Soziale Marktwirtschaft – ein Zukunftsmodell? Korreferat zu Stefan Leibold (Ethik und Gesellschaft 1/2010: »Wem gehört die ›Soziale Marktwirtschaft‹?« Herkunft und Zukunft einer bundesrepublikanischen Erfolgsformel).

Download unter: http://www.ethik-und-gesellschaft.de/mm/EuG-1-2010_Jablonowski.pdf (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft

ökumenische zeitschrift für sozialethik

»Wem gehört die ›Soziale Marktwirtschaft‹?
Herkunft und Zukunft einer bundesrepublikanischen Erfolgsformel

Philip Manow

Die soziale Marktwirtschaft als interkonfessioneller Kompromiss?
Ein Re-Statement

Hans-Richard Reuter

Vier Anmerkungen zu Philip Manow: Die soziale Marktwirtschaft
als interkonfessioneller Kompromiss? Ein Re-Statement.

Traugott Jähnichen

Die protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft

Torsten Meireis

Wem gehört die »Soziale Marktwirtschaft«?
Und was fängt er damit an?

Gerhard Wegner

Soziale Marktwirtschaft A und B. Kommentar zum Referat
von Traugott Jähnichen, ÖASI-Tagung, Münster, 15.01.2010

Stefan Leibold

Die soziale Marktwirtschaft – ein Zukunftsmodell?

Harry W. Jablonowski

Soziale Marktwirtschaft – ein Zukunftsmodell?
Korreferat zu Stefan Leibold

Bernhard Emunds

Ungewollte Vaterschaft.
Katholische Soziallehre und Soziale Marktwirtschaft

Hermann-Josef Große Kracht

»...nichts gegen die Soziale Marktwirtschaft, denn das ist verboten«
(Konrad Adenauer). Sondierungen zur religiösen Tiefengrammatik
des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells im Anschluss an
Alfred Müller-Armack und Oswald von Nell-Breuning

Axel Bohmeyer

Zivilreligiöse Aufladung der »Sozialen Marktwirtschaft«
in postliberaler Gesellschaft?